

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Erich Blümmel, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blümmel, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Blümmel & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1118. Für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postung 2,75 RM, monatlich 1,25 RM. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2,45 RM, monatlich 1,15 RM. Bei den Postämtern vierteljährlich 3,75 RM, monatlich 1,25 RM, ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die tägliche Spaltenbreite 25 Pf. Anzeigen von außerhalb 35 Pf. im Westfälischen Blatt 1,05 RM. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 19.

Magdeburg, Mittwoch den 23. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Im schnellen Wechsel.

Nur allmählich, unter Ueberwindung von Hemmnissen der verschiedensten Art, kann das deutsche Volk erfahren, daß in den letzten Tagen eine tiefgreifende Veränderung der gesamten Weltlage vor sich gegangen ist. In Rußland sind neue Dinge im Werden. Die bolschewistische Regierung hat die Konstituante mit Militärgewalt auseinander gejagt, und auch hier wie sonst ist die Anwendung von Gewalt im Innern das Gegenteil von einem Zeichen innerer Kraft. Wir wissen heute nicht, ob, wissen noch weniger, mit welchen Absichten und welchen Fähigkeiten, sie durchzuführen, Trotzki am 29. Januar nach Brest-Litowsk zurückkehren wird. Wir wissen, daß in dem Konflikt zwischen der bolschewistischen Regierung und der Konstituante die Friedensfrage eine sehr wichtige Rolle spielt, am wenigsten aber verdient die Annahme Glauben, die Konstituante mehrheitlich habe sich bloß deshalb gegen die Regierung gewendet, weil die

Friedensverhandlungen nicht rasch genug von statten gingen. Die Wahl Tschernom, eines Mitgliedes des Ministeriums Kerenskis, zum Präsidenten läßt viel eher vermuten, daß die Regierung Lenin-Trozkis in ihrer Friedensbereitschaft der Konstituante mehrheitlich zu weit gegangen ist, und daß diese den Abschluß eines Friedens auf einer andern, sagen wir einmal nationaleren Grundlage anstrebt. Ein Friede, der nicht russisch bleiben läßt, was vor dem Kriege russisch war, wird schwerlich auf die dauernde Zustimmung des russischen Volkes und einer von ihm gewählten Vertretung zu rechnen haben. Darum scheint es uns überreifer Optimismus, wenn man annimmt, Trotzki werde am 29. nach Brest-Litowsk zurückkehren, um schließlich alle Bedingungen der Mittelmächte zu akzeptieren und den Frieden abzuschließen.

Um den Frieden mit Rußland zu retten und ihn dauernd zu gestalten, dazu ist hoffentlich die

Veränderung in Oesterreich

noch rechtzeitig genug gekommen. Wenn die Mittelmächte ernstlich, wie Graf Czernin erklärt hat, von Rußland nichts wollen, dann wird Trotzki in Brest-Litowsk einen Frieden schließen können, den er vor dem russischen Volke verantworten kann. Auf alle Fälle müssen wir uns trotz aller Hemmnisse klar darüber werden, daß Oesterreich-Ungarn als Faktor der weltpolitischen Rechnung jetzt anders zu Tage steht, als noch vor einer Woche, daß Oesterreich-Ungarn nur noch als Bundesgenosse einer sehr entscheidenden Friedenspolitik, im Notfall eines aufgedrungenen weiteren Verteidigungskriegs in Betracht kommt, auf keinen Fall aber als Mitbestimmender bei irgendwelchen imperialistischen, offen oder verschleiert annexionspolitischen Plänen.

So läuft alles auf die Frage hinaus, ob wir uns noch als in einem uns aufgedrungenen Verteidigungskampfe befindlich betrachten dürfen. Diese Frage läßt sich im Augenblick weder kategorisch bejahen noch verneinen, sie ist in hohem Grade unklar geworden, und bedarf unter allen Umständen der vollsten Klärung.

Dem deutschen Volke darf nicht verschwiegen werden, daß die ganze Welt außerhalb Deutschlands in den letzten

Reden Wilsons und Lloyd Georges

die Vorbereitung zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu erkennen glaubt. Die entschiedensten Friedensfreunde Amerikas und Englands, wie Senator Stowe, der Herausgeber der „Nation“, Ruffingham, Philipp Sauer-

den, alle, die bisher die Politik Wilsons und Lloyd Georges mit erbittertem Mute bekämpft hatten, erklären jetzt, daß in der Politik Englands und Amerikas eine entscheidende Wandlung eingetreten wäre, die bloß in Deutschland nicht verstanden werde.

Und das ist sicherlich nicht ganz unrichtig. Der größte Teil der deutschen Presse stellt sich jetzt gegenüber den Stimmen aus dem Westen blind und taub, genau so, wie sich die andern nach dem deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 blind und taub gestellt hatten. In ihrer Verblendung glaubten sie, daß das deutsche Friedensangebot nur das Vorzeichen des deutschen Zusammenbruchs und ihres unmittelbar bevorstehenden Sieges sei. Jetzt wollen diejenigen, die in wenigen Monaten durch U-Boot-Krieg und Offensive den zerschmetternden Sieg über dem Westen erwarten, in Deutschland nicht den Gedanken aufkommen lassen, daß man vielleicht auch ohne Erneuerung der unermesslichen Menschenopfer zu einem ehrenvollen Frieden gelangen könnte.

In den Reden Wilsons und Lloyd Georges sind gewisse Forderungen enthalten, die kein deutscher Friedensunterhändler annehmen kann. Wir erwarten von der deutschen Regierung nicht, daß sie Forderungen annimmt, die mit der Ehre und der Zukunft des Deutschen Reiches unvereinbar sind, wünschen aber, daß die deutsche Regierung so bald als möglich am Konferenztisch sagen möge,

was für das deutsche Volk annehmbar ist

und was nicht. Daß aber neue Hunderttausende hüben und drüben geopfert werden, weil Wilson in seiner Botschaft nicht gleich alle 14 Punkte so gehalten hat, daß sie für Deutschland diskussionslos annehmbar sind, das würde niemand verantworten können.

Wir erwarten mit Spannung eine Erklärung der deutschen Regierung, die der veränderten Weltlage entspricht. Günstigsten aber wird die erwartete Rede des Grafen Hertling von einem Male zum andern verschoben, der Reichstag wird nicht einberufen, die Presse aber ist durch Umstände, die nicht in den Verhandlungen des Hauptauschusses zur Sprache gebracht worden sind, gehindert, die volle Aufklärung zu verbreiten, die dem deutschen Volke not tut.

Auf solche Weise werden Spannungen erzeugt, die irgendwie eine Lösung finden müssen. Es ist hoch an der Zeit, daß die Regierung eine Erklärung abgibt, die wirklich Klarheit schafft, befriedigt und beruhigt.

Die Auflösung der Konstituante.

Das amtliche Dekret, mit dem die verfassunggebende Versammlung in Petersburg aufgelöst worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die russische Revolution hat von ihrem Anfang an die Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauern-Abgeordneten, als die Massenorganisation aller arbeitenden, ausgebeuteten Massen, die einzig fähig ist, den Kampf dieser Klassen für ihre volle politische und wirtschaftliche Befreiung zu führen, an die erste Stelle gestellt. Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution haben sich die Sowjets vermehrt, sind gewachsen und erstarkt, indem sie aus eigener Erfahrung die Missstände des Einvernehmens mit der Bourgeoisie, die Falschheit der Formen des bürgerlichen demokratischen Parlamentarismus erleben und praktisch zu dem Schluß kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Massen ohne Bruch mit diesen Formen und jedem Einverständnis unmöglich ist; als solch ein Bruch ergriffen die Oktoberrevolution, die

Uebergabe der ganzen Macht in die Hände der Sowjets.

Die Verfassunggebende Versammlung, die nach den vor der Oktoberrevolution aufgestellten Listen gewählt wurde, war der Ausdruck des Verhältnisses der alten politischen Kräfte, als die Einigungspartei und die Kadetten die Gewalt innehatten. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der sozialrevolutionären Partei stimmte, nicht zwischen den rechten Sozialrevolutionären, den Parteigängern der Bourgeoisie, und den Linken, den Parteigängern des Sozialismus, wählen; auf diese Weise mußte die Verfassunggebende Versammlung, die als die Krone der bürgerlichen parlamentarischen Republik erschien, der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht in die Quere kommen.

Nachdem die Oktoberrevolution den Sowjets und durch die Sowjets den arbeitenden und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, rief sie den

Widerstand der Ausbeuter

heraus und zeigte sich bei der Unterdrückung des Widerstandes als der Anfang der sozialistischen Revolution. Die arbeitenden Klassen mußten sich durch Erfahrung davon überzeugen, daß der alte bürgerliche Parlamentarismus sich überlebt hat, daß er gar nicht vereinbar ist mit der Aufgabe der Bewirkung des Sozialismus, daß nicht die allgemein nationalen, sondern nur die Klassenrichtungen (wie die Sowjets) fähig sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu besiegen und den Grund zur sozialistischen Gesellschaft zu legen. Jede Abgabe vor der Vollständigkeit der Macht der Sowjets, vor der durch das Volk erworbenen Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus der Verfassunggebenden Versammlung würde jetzt ein Schritt zurück und her

Widerstand der ganzen Oktoberrevolution

der Arbeiter und Bauern sein.

Die am 18. Januar eröffnete Verfassunggebende Versammlung ergab, auf Grund der allen bekannten Umstände, die Wechheit der Partei der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei des Kerenskis, Woffentjew und Tschernom; es ist klar, daß sich diese Partei weigerte, den vollkommen genauen, klaren, keine falschen Auslegungen zulassenden Vorschlag des höchsten Organs der Sowjetmacht, des Zentralausführungskomitees der Sowjets, zur Beipflichtung anzunehmen und das Programm der Sowjetmacht, die Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen.

Da durch dieses die Verfassunggebende Versammlung jede Verbindung zwischen sich und der Sowjetrepublik Rußland abgebrochen hat, war der Weggang der Fraktionen der Sozialisten und linken Sozialrevolutionäre, die zurzeit die größte Mehrheit im Sowjet darstellen und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, von der Verfassunggebenden Versammlung unausweichlich.

Die Partei der Mehrheit der Verfassunggebenden Versammlung, die rechten Sozialrevolutionäre und Minimalisten, führen einen

offenen Kampf gegen die Sowjetmacht,

indem sie in ihren Organen zu deren Sturz aufrufen und, objektiv betrachtet, hierdurch den Widerstand der Ausbeuter gegen den Uebergang des Landes und der Fabriken in die Hände der Arbeitenden unterstützen. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der Verfassunggebenden Versammlung auf Grund dessen nur eine Rolle des Verbedens des Kampfes der bürgerlichen Gegenrevolution zur Stützung der Macht der Sowjets spielen kann.

Deshalb verfügt das Zentralausführungskomitee, die verfassunggebende Versammlung aufzulösen.

Bruch zwischen Russen und Ukrainern.

In einer feierlichen Erklärung protestiert die russische Delegation in Brest-Litowsk dagegen, daß die ukrainische Delegation hinter ihrem Rücken und ausdrücklichen Vereinbarungen widersprechend, mit den feindlichen Vertretungen Sonderverhandlungen abgehalten haben. Trotzki spricht den ukrainischen Vertretern das Recht ab, im Namen der unabhängigen ukrainischen Republik zu sprechen.

Streit in Oesterreich.

Vor acht Tagen, am 14. Januar, legten die Arbeiter Wiens in zahlreichen Kriegsbetrieben die Arbeit nieder. Am Abend des Dienstag voriger Woche ruhte die Arbeit sämtlicher Kriegsbetriebe in Favoriten, Margareten, Fünfhaus, Floridsdorf und Ottakring. Im Laufe des Mittwoch schlossen sich zahlreiche Wiener Privatbetriebe der Streikbewegung an. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht. Kein Theater versuchte mehr zu spielen. Freitag mittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt.

Am Freitag mittag erschienen die letzten Zeitungen in Wien.

Am Samstagabend früh erschien eine Proklamation des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaftsleitung. Es wurden von ihr

folgende vier Forderungen

gestellt:
1. Es wird gefordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk von Keinerlei

territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen freimütig unterrichtet, sie vollständig über die Verhandlungen auf dem laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. daß die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes, insbesondere der Gleichstellung der Selbstverfolger mit der übrigen Bevölkerung zustimmt.

3. daß die Regierung die unermessliche Entlastung des

allgemein, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevorstellungen zuzugest, und
 4. daß sie der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt.
 Die Ausstandsbeziehung blieb nicht auf Niederösterreich beschränkt, sondern dehnte sich am Donnerstag und Freitag auch auf Steiermark, Böhmen und Mähren aus. Auch in Graz, Brünn und Prag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt.
 In Budapest wurde am Freitag morgen der Generalstreik proklamiert, auch der Straßenbahnverkehr eingestellt. Nur die Seher und Oruder waren am Freitagabend noch nicht im Ausstand, sondern stellten noch die Morgenblätter vom Samstag her. Durch eine Zensurbestimmung durften jedoch die Sonnabend-Morgenblätter lediglich über die Streife in Oesterreich berichten, aber kein Wort über den Budapestener Generalstreik sagen. Daraufhin silierte der Parteivorstand der ungarischen Sozialdemokratie das weitere Erscheinen der Blätter.

Die Bedingungen der Streikenden.

Die Streikenden hatten einen Rat von hundert Vertrauensmännern gewählt. Diese erschienen beim Ernährungsminister Höfer und stellten für die Beendigung des Streikes folgende Bedingungen fest:

- 1. Beibehaltung des Friedens, 2. Einführung des Achtstundentages, 3. Freilassung Friedrich Adlers und sämtlicher wegen politischer Delikte Verurteilter, und 4. Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung der Kriegsbetriebe.

Die Leitung der Verhandlungen mit der Regierung wurde den sozialdemokratischen Abg. Viktor Adler, Karl Renner und Seih übertragen, die täglich den Vertrauensmännern Bericht erstatteten. Wie der „Börsen Zeitung“ aus Wien gemeldet wird, stehen zwei Momente zusammen, um den Groll und die Unzufriedenheit zum Ausbruch zu bringen: die Verzögerung der Verhandlungen in Brest-Litowff und der hier allgemeine, weit über die Grenzen der Arbeitermasse hinaus herrschende Eindruck, daß die Rede des Generals Hoffmann den Friedensschluß bedrohe, zugleich die plötzliche Herabziehung der Rente auf die Hälfte, die teils auf schlechte Verteilung und Organisation, teils auf verzögerte Hilfe des reicheren Ungarn geschoben wurde.

Noch togelangen Verhandlungen der drei Bevollmächtigten mit der Regierung hat der österreichische Ministerpräsident Seidler eine entgegenkommende Erklärung abgegeben, namentlich bezüglich der Friedensverhandlungen. Die Arbeit ist daraufhin am gestrigen Montag größtenteils wieder aufgenommen worden. In Budapest hat der Ministerpräsident Beker die Durchführung der Wahlreform verprochen.

Brest-Litowff und Wien.

Am letzten Donnerstag hielt der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses eine sehr wichtige Sitzung, in der Genosse Dr. Viktor Adler eine bedeutende Rede hielt.

In Beginn der Sitzung nahm Genosse Seih das Wort. Er bezeichnet es als unmöglich, daß der Budgetausschuß in der gegenwärtigen Zeit eine bescheidene Debatte über die

Massortragen der innern Verwaltung abführe. Breite Massen des Volkes sind beunruhigt über die Verhandlungen in Brest-Litowff und denken nur daran, wie diese so rasch als möglich im günstigen Sinn abgeschlossen werden können. Er stellte daher den Antrag, in Abänderung der Tagesordnung zunächst Kapitel VI (Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten) in Verhandlung zu ziehen, das die Möglichkeit biete, über die Friedensfragen eingehend zu sprechen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschbürgerlichen angenommen. Dann ergriff Genosse Dr. Viktor Adler das Wort zu einer Rede, in der er ausführte:

Die russische Revolution hat jenes Motiv beseitigt, das für unsre Volksmassen den Krieg psychologisch ermöglicht hat. Nicht nur wir, sondern alle Welt hat sich gelöst: Der Alp des Jarrismus muß endlich entfernt, Europa muß befreit werden. Nun ist das durch die eignen Hilfsmittel der russischen Völker geschehen. Wir sehen heute vor der Möglichkeit des Friedens, und darum hat alle Welt die Ueberzeugung, der Friede darf durch Fragen des Prestiges, durch Fragen von Zukunftsplänen nicht hinausgeschoben werden. Nun sieht man plötzlich, daß die Verhandlungen in einem Ton und in einer Art geführt werden, von der man sagen muß:

so macht man keinen Frieden.

Man würde dabei Aufstand unternehmen und die ganze Weltlage falsch beurteilen. Es entsteht endlich eine Hoffnung, und man sehen wir, daß diese Hoffnung plötzlich zu verschwinden scheint. In diesem Moment ist ohne jedes Signal, ohne jede von der sozialdemokratischen Partei gegebene Parole, in den Massen der Gebante noch gemordet: Wenn diese Hoffnung vergeht und nichts zu essen da ist, haben wir nichts mehr zu verlieren. Das ist die Stimmung in der Bevölkerung. Wir können nicht schweigend zusehen, wie ein paar Herren in Brest-Litowff ihre Politik, vielleicht ihre Politik anderer machen und das Schicksal der Friedensverhandlungen vielleicht gegen den Willen der österreichischen Friedensunterhändler aufs Spiel setzen. Man kann in Brest-Litowff nicht verhandeln, ohne die Völker Oesterreichs mit am Tisch zu lassen.

Wenn auch nicht als Person, aber es muß doch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für unser aller Schicksal dort am Tisch sein. Wir müssen von der Regierung hören, was sie will. In jedem anderen Lande wäre im Dezember das Parlament für permanenten erklärt worden, und jede Regierung würde sagen, sie müsse selbstverständlich mit allen Vertretern der Völker, auch mit denjenigen, die jetzt gerade un bequem sind, jede Fühlung haben. Die Ausschaltung des Parlaments bedeutet nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Massen draußen eine ganz unangenehme Situation. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Abgeordneten immer sind und aus den Zeitungen erfahren müssen, daß

ein General auf den Tisch schlägt,

mit dem Säbel gestrichelt wird und der Friede in Gefahr kommt. Bei der Politik ist weder das österreichische noch das deutsche Oberkommando notwendig. In allen Völkern, und selbst bei jenen Staatsmännern der Entente, die am meisten gemollet sind, durch angerogene Reden das Kriegsgewehr zu unterhalten, ist das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fortgehen könne und zu Ende gebracht werden müsse. (Dr. Kolijer: Bei Lloyd George sieht man das nicht!) Selbst bei Lloyd George! Das Reden allein ist es nicht! Wir wollen den allgemeinen Frieden, wir wollen ihn bedingungslos, wir kriegen davon nicht die Erwerbung eines Königreichs. Die sozialdemokratische Partei hat die Selbständigkeit Polens von jeher als eins der Ziele der Demokratie angesehen. Sie ist auch heute dafür. Sie wäre auch für eine

Angliederung Frankreichs an Belgien

zu haben, nicht aber für eine Angliederung Dänemarks an Kronen. Dies darum sagt, weil wir dazu in Betrachtung kommen, die unmöglich sind und die im Widerspruch mit dem Willen der

Völker stehen. Wenn die Verhandlungen in Brest-Litowff nicht vernünftig geführt werden, werden wir die Möglichkeit verpassen, daß sich an die Verhandlungen über den Separatfrieden der allgemeine Friede schließt; denn die Verhandlungen in Brest-Litowff haben eine Bedeutung weit über das Verhältnis zu Rußland hinaus. Die vom Grafen Czernin aufgestellte Formel hat uns in Europa das Ansehen verschafft, daß wir die möglichen Träger der Lösung des Weltkonfliktes sein können. Das soll nicht zerstört werden. Wir verlangen, daß dem Parlament fortzukommen über die Dinge, die in Brest-Litowff und sonst in der Welt vorgehen, Auskunft gegeben werde, aber wir verlangen auch, daß uns nicht nur erzählt wird, was vorgeht, sondern daß man auch höre,

was die Massen aller Völker wünschen.

Mit den Versuchen der Verschönerungen und Verschleiierungen möge man endlich aufhören. Es geht nicht an, daß man in den Zeitungen liest, was in England, Frankreich, Deutschland und Rußland vorgeht, dabei aber über Oesterreich nichts erzählt. Sat man ja sogar ermutigt verfuhr, die gegenwärtige Ausstandsbeziehung in Wien und Niederösterreich, von der jedermann weiß, in den Zeitungen zu unterdrücken. Durch das Löffschweigen solcher Dinge müssen die abenteuerlichsten Gerüchte entstehen. Es geht nicht an, die Unklarheit schwieriger Lage durch die Zensur noch zu erschweren. In den Ernährungsministerien müßte ich nur ganz kurz sagen: Man muß mindestens so viel tun, daß die begründete Meinung entsteht, daß das Hungern nicht weitergehen wird, als es unbedingt gehen muß. Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, einen dauernden, allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Aus den weitern Verhandlungen verdient herbegehoben zu werden noch eine Rede des Deutschbürgerlichen Senker, in der er folgendes sagte:

Man glaubt, durch Unterdrückung der Zeitungen und Ausschaltung des Parlaments etwas zu erreichen und sieht nur die Gefahren, die aus der Stimmung des Volkes für den Frieden entstehen können, nicht aber die Gefahren, die durch ungeschickte Vertreter heraufbeschworen werden. Das Bürgertum will ebenso wie die deutsche Arbeiterschaft lediglich einen Frieden ohne Interventionen und würde sich gegen ein Scheitern der Verhandlungen mit allen Mitteln stellen. Ich warne die Regierung, heute eine Klasse gegen die andere auszuspielen. Das deutsche Bürgertum hat nicht die Absicht,

für den Gewinn von Rig

den Krieg auch nur einen halben Tag weiterzuführen. Die Zugehörigkeit der Ostprovinzen zu Preußen ist auch für das deutsche Bürgertum kein Kriegsziel. Die ständig geschwebten Versuche, in Wien Siegfriedensversammlungen abzuhalten, beweisen schon, wie ein durch und durch deutsches Bürgertum über diese Frage denkt. Soweit es sich um Völker handelt, welche vor dem Kriege keine staatliche Selbständigkeit besessen haben und die durch den Zerfall des Reichs und die Wirkungen des Krieges gewissermaßen fast herausgefallen sind, muß ihnen das entscheidende Wort über ihre Zukunft eingeräumt werden. Es ist daher nicht verständlich, warum man eine Volksabstimmung in Polen nicht zulassen wollte. Es ist das ein Beweis dafür, daß wir uns noch mehr Deutschland eine solche Abstimmung nicht realisieren können, gleichwohl aber dieses Land haben möchten. Das jüngst veröffentlichte Programm Wilsons könnte die Grundlage zu einer Diskussion bieten. Ich warne daher, die Verhandlungen in Brest-Litowff durch einen jähen Abbruch oder durch Sabelratschen zu gefährden.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Seidler brachte die Meinung Czernins zur Kenntnis, daß die Friedensverhandlungen nicht pessimistisch betrachtet zu werden brauchen. Das war am 17. Januar. Am Tage nach der Debatte im Budgetausschuß erfolgte die von uns bereits erwähnte weitere Erklärung Czernins, er habe und bürge dafür, daß der Friede nicht an Eroberungsabsichten „unterjert“ weitere. —

Was der Krieg bringt.

702000 Sonnen im Dezember.

Der deutsche Kriegsteilnehmer gibt bekannt:

Durch Kriegsteilnehmer des Mittelmeeres sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702.000 Brutto-Kilogramm des für unsere Zwecke wichtigsten Grundstoffes verbraucht worden. Damit entspricht sich die bisherige Ernte des wichtigsten Rohstoffes auf 8.958.000 Brutto-Kilogramm.

In den letzten Monaten wurden verpackt:

Jahres	781.500
April	885.000
Mai	1.091.000
Juni	869.000
Juli	1.016.000
August	811.000
September	808.000
Oktober	672.000
November	687.000
Dezember	702.000

Die Befragungen der der am 1. Januar 1917 erfolgten Ernte des wichtigsten Rohstoffes sind dabei nicht berücksichtigt.

22000 Sonnen.

Wichtig und beachtet:

Der Kriegsteilnehmer auf dem westlichen Kriegsschauplatz: 22.000 Brutto-Kilogramm. Nach den vorliegenden Angaben, was davon der Kriegsteilnehmer verbraucht hat, kommt der Kriegsteilnehmer auf 22.000 Brutto-Kilogramm mit Berücksichtigung von 22.000 Brutto-Kilogramm, welche der Kriegsteilnehmer verbraucht hat, sind dabei nicht berücksichtigt.

Protest der Kriegsbeschädigten.

Die am vorigen Sonntag verordnete Versammlung der Kriegsbeschädigten wurde jetzt am 20. Januar im überfüllten Saale des Reichstageshauses in Berlin unter polizeilicher Überwachung abgehalten. Der Schriftleiter Heilmann, Generalsekretär der „Internationalen Korrespondenz“, erhielt als erster das Wort zu den Redungen in der Frühlingsversammlung der Vaterlandspartei vom 8. Januar. Der Redner führte aus:

Die Abhebung des Bundesverfassenden Reichstages (Januar) (Schluß und Unruhe nicht abgehebt?) hindert den Bund nicht, ihn sein Bestehen zu erhalten. Im Augenblick der Abhebung des Reiches über dem Reichstagsgebäude ist Reichstagsrat wieder Bundesverfassender. Es ist unklar, daß der Parteipolit der Vaterlandspartei, Agel, nicht, die Kriegsbeschädigten und im besonderen Dr. Wagner zur Teilnahme in der bevorstehenden Versammlung der Vaterlandspartei eingeladen hat. Diese hat dann von der Partei herabgelassen und von der Polizei genehmigten Versammlung Abstand genommen. Der unheimliche Abschied der Teilnehmer herab gelassen und die Versammlung im Reichstagsgebäude und jenseit der versetzten Versammlung auf, sie sei der Vaterlandspartei gewidmet. Da dieser Name, die im Gegensatz zu Herrn Heilmann den Kriegsbeschädigten kennen, daß die Versammlung unheimlich ist. Herr Heilmann begehrt sie — was immer Versammlung! — als Defensivlinie, die Unterstützung und Unterstützung der Vaterlandspartei. In der Vaterlandspartei und anderen Kriegsbeschädigten Komitee sind eine unheimliche Heilmannmacht gegenüber Vaterlandspartei und sich sie aus dem Saale heraus. In dieser rasen Annäherung der geringen Massen der Vaterlandspartei, zu der Entgegnung eines — wie die Deutsche Zeitung“ schreibt —

„Landschafters Reichstag“

haben die Kriegsbeschädigten keinen Antrag gestellt. Entschieden Vernehmung ist gegen die Entgegnung der öffentlichen Frage eingehend, daß die Frage sozialdemokratische Kriegsbeschädigten entgegen stehen. Der Bund der Kriegsbeschädigten ist paradiesisch, außerdem sollte sein materielles zwischen sozialdemokratischen und anderen Kriegsbeschädigten gemacht werden. Die Vaterlandspartei hat die öffentliche Frage in der ganzen Welt offen. Man muß sich als Vaterlandspartei wissen, wenn man die Vaterlandspartei nicht in der Vaterlandspartei und anderen Parteien in der Vaterlandspartei der Vaterlandspartei hat, sie hat zur Erhebung des deutschen Reiches notwendig mehr beitragen. Offiziell in Rußland haben als Vaterlandspartei den geringsten Kriegsbeschädigten gegen über tiefer Entgegnung über das Verhalten der Vaterlandspartei empfunden. Diese Entgegnung ist auch Antrag, gegen sie für die Erhebung der Vaterlandspartei an

v. Krippl. Das ist keine Rücksicht des Eiferen Anzeiges durch die Kriegsbeschädigten, zieht doch auch der schuldlos beleidigte Offizier die Uniform aus. Die Schlupfwegung des Oberkommandos, auf Grund deren sie Erich Kautner maßregeln, ist also haltlos.

Die Versammlung schritt darauf nach lang andauerndem Beifall ohne Debatte in der Tagesordnung fort.

Reichstagsabgeordneter Davidsohn führte alsdann zum Wahlrecht der Kriegsbeschädigten

etwa aus:

Der Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigten lehnt das von der preussischen Reaktion vielfach vorgelegene Sonderwahlrecht der Kriegsteilnehmer mit Recht entgegen, weil die Reaktion damit nur ein Pluralwahlrecht einzuführen will. Unbegreifbar ist auch die Heranziehung der Altersgrenze in der Wahlrechtsfrage für das preussische Abgeordnetenhhaus. Nur August kann den Wunsch eingeben, einen ganzen Jahrgang volljähriger Männer des Wahlrechts zu berauben. Die von der Vorlage verlangte dreijährige Sonderberechtigung in Preußen zur Ausübung des Wahlrechts sei noch mehr als die Heranziehung der Altersgrenze ein Wahlrecht gegen die Kriegsteilnehmer. Wozu diese Vereitelung des Vaterlandes! Die deutschen Gefangenen in England haben jetzt alle Rechte der freien russischen Männer. (Stürmischer Beifall.) Sollen sie sich in ihrer Heimat bereinigt wieder als Staatsbürger wieder Kampfes fühlen? Die hinterlistigen reaktionären Streiche müssen verhindert werden. (Stürmischer Beifall.)

Folgende Entschlieung wurde zum Schluß einstimmig angenommen: Die am 20. Januar 1918 von über 1000 Kriegsteilnehmern besuchte Versammlung der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer billigt die vom Vorstand des Bundes dem preussischen Abgeordnetenhhaus überreichte Eingabe zum preussischen Wahlrecht. Die Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer geloben, alle Kraft in den Dienst des Kampfes für das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu stellen, bis die Gleichberechtigung aller Staatsbürger erreicht ist. —

Freiheit nach innen!

Im preussischen Abgeordnetenhhaus wurde am Montag die Gleichheit fortgesetzt. Dabei entspann sich eine Erörterung über das Selbstbestimmungsrecht der preussischen Polen. Für die wichtigsten Ausführungen im Auszug:

Herr von Arnim (Recht): Wir protestieren dagegen, daß auch der dreißigjährige Mann wieder Mittel zum

Schutze der Deutschtums" anfordern, die in Wahrheit der Ver-
sicherung des Kolonialismus dienen. Es war durchaus
richtig, daß in den Breiter Verhandlungen zunächst allgemeine
Regeln festgelegt wurden, innerhalb deren man dann an die
Lösung der praktischen Aufgaben herangehen konnte. Das nimmt
vielleicht etwas mehr Zeit in Anspruch, aber für jeden denkenden
Menschen ist nicht die Hauptfrage, ob dieser Krieg nun noch drei
oder vier Monate länger dauert, sondern daß er nicht zu neuen
Kriegen führt. Dieser Krieg darf nicht mit einem Machts-
frieden enden; wir stehen auf dem Boden des Verständigungs-
friedens. Zunächst machte die Breiter Verhandlung einen ver-
heißungsvollen Anfang, aber die ersten Hoffnungen wurden durch
das weitere Verhalten der Mittelmächte zerschanden, die zwar
theoretisch das Selbstbestimmungsrecht der Völker aner-
kennen, aber nicht international lösen wollen. Dieser Stand-
punkt ist völlig falsch; es gibt kein ungekürztes Recht, daß ein
Staat sich nicht in die innern Angelegenheiten eines anderen ein-
mischen darf. Alle Kriege seit 1864 beweisen das Gegenteil. Zu
einer innerstaatlichen Regelung gehört Vertrauen, und

woher sollen wir das Vertrauen bei uns nehmen?

(Sehr richtig! bei den Polen.) Sollen wir an die Unparteilich-
keit eines Schiedsgerichts glauben, zu dem etwa Herr von Heide-
brand oder Freiherr von Zedlitz gehören? Wir würden nur zu
einem internationalen Schiedsgericht Vertrauen haben können.
Das deutsche Volk sollte diesen Vorschlag nicht ablehnen. Der
Redner bespricht eingehend die nationalpolitischen Verhältnisse in
Österreich, die durch gegenseitige Verständigung befriedigend ge-
löst sein. Die Prediger des nationalen Hasses werden auch in Zukunft die maßgebenden Herren Deutschlands sein,
denn wenn nicht etwas Besonderes geschieht, dürfte ihnen die

Sabotage der Wahlrechtsvorlage

schon klingen! Der „Schuß“ einer Nationalität durch den Staat
ist immer eine Aggressionsmaßnahme gegen die andre. Wir haben
den Festschluß, den uns die Konservativen und National-
liberalen hinwerfen, auf und fühlen in diesem Kampfe die Wech-
selheit des deutschen Volkes hinter uns! (Lebhafter Beifall bei den
Polen.)

Minister des Innern Dr. Drows: Die Beziehung auf das
Nationalitätenrecht in Österreich ist unangebracht, denn Preußen
ist ein einheitlicher Staat; diese Einheitlichkeit aufzuheben, ist
für uns vollkommen indiskutabel. Wir müssen nach wie vor
unbedingt an der Aufrechterhaltung des Schutzes des Deutsch-
tums festhalten. Das steht in keinem Widerspruch zu dem zu-
gefügten Verzicht auf Repressalien. Mit Staatsangehörigen,
die mit dem Gedanken der Losrennung vom preussischen Staate
spielen, können wir nicht zusammen arbeiten. In der Hand der
polnischen Bevölkerung selbst liegt es, welche Luft in Zukunft in
der Ostmark wehen soll.

Auch der konservative Abg. Dr. Hoesch wies die Forderung,
daß ein internationaler Schiedsgerichtshof in innerpreussischen
Dingen entscheidend mitwirken soll, zurück, um im weiteren Ver-
lauf seiner Rede, wie alljährlich, die Landwirtschaft zu pfeifen
und schon jetzt für eine zukünftige agrarische Wirtschaftspoli-
tik Propaganda zu machen.

Aus der übrigen Debatte haben wir die Rede unseres Ge-
nossen Gaenisch hervor:

Abg. Gaenisch (Soz.):

macht zunächst einige Bemerkungen zum Votum und fährt dann
fort: Wir bedauern, daß sich auch in diesem Etat wieder die
Kampfbereitschaft gegen die Polen und Dänen finden. Wir for-
dern eine Versöhnungspolitik. Der Gedanke einer po-
lischen Autonomie erscheint allerdings auch uns undenkbar, nicht
nur im Interesse Preußens, sondern auch der Polen selbst. Die
polnische Autonomie ist ein Traum und nicht einmal ein
schöner. Zur Frage der Zensur und des Belagerungszustandes
werden wir beim Ministerium des Innern Stellung nehmen.
Den Klagen, die darüber im Hauptauschuß des Reichstags vor-
gebracht sind, schließen wir uns voll an und hoffen, daß der von
meinem Parteigenossen Heine ausgearbeitete Gesetzesentwurf über
den Belagerungszustand baldmöglichst Gesetzeskraft erlangt.
(Bravo! b. d. Soz.) Die

Serbien von Wahlrechtsverhandlungen

müssen aufhören. Es liegt auch im Interesse der Regierung, daß
die Stimmen der Massen in dieser Frage zum Ausdruck kommen.
Auch liegt in ihnen ein Ventil, um Explosionen zu verhindern,
die der Regierung am wenigsten erwünscht sein können. In
der Ernährungsfrage fordern wir schleunigste Beseitigung des
Systems Radlow im Interesse der Volkswirtschaft und der nation-
alen Wohlfahrt. (Sehr wahr! links.) In der Frage der
Kriegsziele will ich mich der Zurückhaltung befleißigen, die
durch die schwierige Lage unserer Unterhändler geboten ist. Das
plumpe Dagwischenfahren der alldeutschen Presse ist im deut-
sch-nationalen Interesse auf das Lebhafteste zu bedauern. Wir
wünschen, daß auf dem Wege beiderseitigen Entgegenkommens,
jeweils Aufwands wie Deutschlands, so bald wie möglich ein ehr-
licher Verständigungsfrieden mit Rußland zustande kommt, worauf
wir um so eher hoffen dürfen, nachdem die Grundfragen eines
solchen Friedens mit der Ukraine bereits geschwiegen sind. Nach
dem Sturz des erobersüchtigen Zarismus besteht irgendein
unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem deutschen und russi-
schen Volke nicht mehr. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerade der
Krieg hat gezeigt, in wie hohem Maße diese

beiden Kulturvölker aufeinander angewiesen

sind: Deutschland kann ohne die Erzeugnisse der russischen Land-
wirtschaft nicht auskommen und Rußland ist auf die Industrie
Deutschlands angewiesen. Dem russischen Volke in seinen jäh-
ren wirtschaftlichen Notizen und keinem furchtbaren Hunger noch
neuen Formen ruhe ich von dieser Stelle einen herzlichen Gruß
über die Grenzen und den Insult unserer lebhaftesten Sym-
pathien zu. (Bravo! b. d. Soz.) Kögen sich unsere Unterhändler
so maßvoll und weitständig zeigen, wie Bismarck 1866 beim Niko-
lager Frieden gegenüber Österreich. Auch jener Friede wurde
als Kompromiß und als Verzichtsfriede betrachtet und hat sich
bewährt. Wenn man einen besseren Schluß im Osten verlangt, so
empfehlen auch wir gewiß die Leiden mit, die unsere Brüder in
Ostpreußen durchgemacht haben. Aber gerade um eine Wieder-
kehr ähnlicher Zustände zu verhindern, werden wir für eine

freie und ehrliche Verhandlung mit Rußland

und für eine staatliche Unabhängigkeit der Randvölker ein. Das
beste wäre freilich ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis
zwischen Deutschland und Rußland selbst. (Sehr wahr! b. d. Soz.)
Ein solcher Friede wäre auch die beste Gewähr für die Herbei-
führung eines allgemeinen Friedens, den zweifellos auch die
Völker der Entente herbeiführen. Auch die weitestgehenden An-
nerkennung können niemals mehr einen Ersatz bringen für die
ungeheuerlichen Verluste an besten Kollatsch, die der Krieg im
Gesolge gehabt hat. (Sehr wahr! links.) Wenn man dem Stan-
ton eines solchen Friedens nachgibt, kommt man nur in
Gefahr, den Krieg immer weiter zu verlängern und das Ziel
schließlich in nebelhafter Ferne verpöndeln zu sehen. Man sagt,
wir dürfen uns ausschließlich von dem russischen Interesse bei den
Friedensverhandlungen leiten lassen. Müßig bereden, können wir
dem zu, aber wir sehen die wirkliche Lage deutscher
Interessen nicht in einer Vergewaltigung fremder Völker, sondern
in einer weitestgehenden Versöhnungspolitik. Daß wir dabei
auch deutsche Interessen wahren, ist selbstverständlich, denn wir
sind die Vertreter deutscher Arbeiter. (Abg. Dr. Hoffmann: Ge-
wisse international.) Wir haben jetzt bedauert, daß ein Inter-
nationalismus nur denkbar ist auf der Grundlage nationaler
Parteien. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir sind Vertreter

deutscher Arbeiter ohne jeden Chauvinismus.

ohne eine Spur von nationaler Ueberheblichkeit. (Abg. Dr. Hoff-
mann: Wir sollen Menschen sein!) Gewiß, aber nicht Menschen
im leeren Raume, sondern deutsche Menschen, Menschen auf
deutscher Erde, die aus deutscher Kultur die beste Kraft haben.
Das deutsche Volk kann nur einem Frieden zustimmen, der seine
territoriale Integrität, seine politische und wirtschaftliche Ent-
wicklungsfreiheit garantiert. Darum erstrebt für die deutsche
Sozialdemokratie keine schließliche, schließliche Frage.
(Abg. Dr. Hoffmann: Gört, hört!) Schlag-Brötchen ist früher
deutsches Land gewesen und ist deutsch geblieben trotz des Ab-
geordneten Hoffmann. Jede Einmischung einer fremden Macht,
ob es nun Herr Lloyd George, Herr Clemenceau oder Wilson ist,
in innere deutsche Verhältnisse lehnen wir ab. Wir wünschen eine
gründliche und schnelle Reform unserer innerpolitischen Verhält-
nisse, aber das sind ausschließlich deutsche Angelegenheiten. Wir
lehnen selbstverständlich auch eine Einmischung in die inner-
politische Gestaltung unserer Verbündeten, Österreich und die
Türkei ab. Wenn die Entente den Völkern Österreichs und der
Türkei das Selbstbestimmungsrecht, wie sie es nennt, bringen
will, dann sagen wir: Rühmt euch erst um das Selbstbestim-
mungsrecht Irlands, Indiens usw. Selbstverständlich treten wir
auch ein für Aufrechterhaltung unserer vollen wirtschaftlichen Frei-
heit. Wir sind nicht zu haben für einen englischen Frieden, der
gekennzeichnet ist durch das Wort Lloyd Georges von dem

Bombentwurf auf den deutschen Handel.

Darunter würde niemand schwerer als die deutsche Arbeiterklasse
leiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit dem Begriff des Selbst-
bestimmungsrechts kann man praktisch, politisch nicht allzuviel
anfangen. Die Unabhängigen mögen einmal lesen, wie despek-
tisch sich Marx und Engels in der „Rheinischen Zeitung“ über
das Selbstbestimmungsrecht geäußert haben. Dieser Begriff ent-
spricht viel mehr den Gedankengängen zur Zeit der großen fran-
zösischen Revolution als der Auffassung des modernen wissen-
schaftlichen Sozialismus. Wenn Herr Ströbel auf solch leeren
Begriffen herumreitet, so macht er mehr den Eindruck eines bür-
gerlichen Ideologen als eines marxistischen Sozialisten. Wer nicht
mehr fähig ist, Neues zu lernen, den beneide ich wahrhaftig nicht.
Wir schwanken nicht halbes hin und her, aber wir haben das un-
geheure Erlebnis des Krieges in der Tat zum Anlaß genommen,
um unsere bisherige Erkenntnis neu zu fundamentieren. Wer
blindlings durch die Welt läuft und die Augen vor allen neuen
Tatsachen verschließt, denkt dogmatisch, aber nicht wissenschaftlich.
(Sehr gut! b. d. Soz.) Also wir lehnen jede Vergewaltigung
fremder Völker ab. Es würde

eine Schwächung Deutschlands

bedeuten, wenn wir in größerem Maße fremdes Volkstum in
unsern nationalen Körper hineinbekämen; wir würden sie nie-
mals verdauen können. Deshalb muß gerade im deutschen Inter-
esse vor allen offenen oder versteckten Annexionen gewarnt wer-
den. Das besagt natürlich nicht, daß nun alles ganz genau so
bleibt, wie es vor dem Kriege war. (Abg. Dr. Hoffmann: Gört,
hört!) Das hat selbst Ihr Freund Ledebour im Reichstag erklärt.
Es ist höchst bezeichnend, daß ein so revolutionärer Charakter wie
der Abgeordnete Ströbel die Beschlüsse des Wiener Kongresses
von 1814 so heilig achtet. (Geheul.) Auch auf dem Balkan wird
nicht alles so bleiben können wie früher. Auch

Serbien muß freien Zugang zum Meer erhalten,

damit es sich wirtschaftlich ausleben kann. Die Bulgaren
haben das volle Recht, sich mit ihren mazedonischen Stammes-
genossen zu vereinigen und ein Großbulgarien zu schaffen. Nur
so können stabile Verhältnisse in dem alten Balkanwinkel Europas
geschaffen werden. Ebenjenerig darf Belgien für alle Zu-
kunft ein politisches, wirtschaftliches, kulturelles Bollwerk Eng-
lands und der Entente bleiben. Auch der kolonialpolitische Status
kann natürlich nicht unverändert bleiben. Aber alle Verände-
rungen müssen zustande kommen durch freie Verständigung der
heute kriegführenden Nationen. Das ist der große Unterschied
zwischen unserer Auffassung und der der Rechten. Es gibt kein
unmündigeres und irreführenderes Wort als das vom Verzicht-
und Hungerfrieden, das uns auch im Ausland außerordentlich
geschadet hat. (Sehr wahr! links.) Auch wir wollen nicht ver-
zichten auf deutsche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit,
aber wir wollen darauf verzichten, daß um unser Eroberungs-
pläne willen der Krieg ins Endlose fortgesetzt wird, daß wegen
unerreichbarer Ziele Millionen neuer Witwen und Waisen ent-
stehen. Durch die

Nebensart vom Hunger- und Verzichtsfrieden

wird ein völlig falscher Eindruck über die Einnahme des deutschen
Volkes erweckt. Die Leute der Vaterlandspartei, die eine solche
Agitation betreiben, beweisen keinen Funken politischen Geistes.
Die beständigen Vorgänge in der Berliner Versammlung der
Vaterlandspartei, wo Kriegsbeschädigte aufs schwerste
beschimpft und mißhandelt wurden, sind kein Ruhmesblatt
für Deutschland. (Sehr wahr! links.) Schon der Name
dieser Partei muß im Ausland den falschen Glauben erwecken,
als gäbe es in Deutschland überhaupt Parteien, die nicht vater-
ländisch gesinnt seien. Der alte Gegensatz zwischen Reichstreuen
und Kei Feinden, den wir am 4. August 1914 begraben hofften,
wird so künstlich zu neuem Leben erweckt. Dieselben Herren, die
nach innen die Unfreiheit.

Demgegenüber ist unsere Parole: Macht wohl, nach außen, aber
Freiheit nach innen! (Sehr wahr! links.) Das ist die Parole des
neuen Volkstums für Freiheit und Vaterland. Das kurzfristige
und egoistische Ablehnen aller inneren Reformen durch die Kon-
servativen unter Heidebrand ist das schlimmste Zeichen, daß die
weltgeschichtliche Stunde der Konservativen geschlagen hat.
Früher sind die grundlegenden Reformen, wie das allgemeine
Wahlrecht, im Deutschen Reich und Österreich durch Konservative,
wie Bismarck und Herr v. Beth, erfolgt. Heute werden sich die
Konservativen gegen jeden politisch bedeutsamen Fortschritt. Mit
Recht hat Prof. Hans Delbrück neulich geschrieben: „Was ist
heute unsere konservative Partei? Nichts anderes als ein Trüm-
merhaufen einer großen Vergangenheit.“ Die Wirkung der
reaktionären preussischen Politik hat uns besonders im Ausland
schwer geschadet. Herr v. d. Osten verlangte ein „organisches“
Wahlrecht. Dabei gibt es nichts Stumpfsinnigeres und An-
organischeres als das Dreiklassenwahlrecht. (Sehr wahr! links.)
Was die Haltung des Zentrums anbetrifft, so hat der Abgeordnete
Marx mit Recht in einer Versammlung gesagt: „Eine Ablehnung
des gleichen Wahlrechts würde

das Zentrum nicht überleben.“

Ich füge hinzu: Auch eine Verschleppung und Ver-
pöndelung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht
überleben. Gerade die Stimmung der katholischen Arbeiter
in der Wahlrechtsfrage ist äußerst erbittert, das habe ich in
meinen Versammlungen im Westen jetzt selbst erlebt. Der
Nationalliberalen möchte ich sagen: Ihr Schicksal im neuen
Preußen wird in hohem Maße von Ihrer Stellung zum gleichen
Wahlrecht abhängen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er
ist klug und weitständig genug gewesen, die Parteipolitik den all-
gemeinen Staatsinteressen unterzuordnen. Die national-
liberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern
sich weiter gelert. Ihr Führer Dr. Lohmann ist bereit von
dem ganzen anglikanischen Ministrium gegen das Volk. Es handelt
sich bei der Wahlrechtsfrage um eine

nationale Frage ersten Ranges.

Dr. Lohmann führt die nationalliberale Partei ebenso in den
Stumpf wie Heidebrand die konservative. Dr. Lohmann regte im
Auslande, man könnte das gleiche Wahlrecht annehmen, wenn
man wüsste, daß die Arbeiter der Abteilung Gaenisch folgen,
aber nicht der Richtung Dr. Hoffmann. Wir wollen das Wahlrecht
nicht als Belohnung, sondern fordern es als Recht. Eine

Prämie für den, der den Unabhängigen die meisten Anhänger
zuführen könnte Dr. Lohmann verdienen. Jeder Monat der Ver-
schleppung leidet ganze Ströme auf die Wahlen der Unab-
hängigen. Wer gegen das Wahlrecht auftritt, verflucht sich am
deutschen Vaterland. Tauschen Sie sich nicht über die äußerst
erbitterte Stimmung der deutschen Arbeiter! Wenn es infolge
Ihres Verhaltens zu schweren innerlichen Kriegen kommt, trifft
die Schuld daran allein Sie. Wollen Sie die Verantwortung
übernehmen, daß es etwa im Frühjahr zur Zeit von Entsch-
dungskämpfen im Westen in den verschiedensten wichtigen In-
dustrien zu

Arbeitseinstellungen und besonders in der Munitionsindustrie
zu Zuständen kommt wie in Berlin im letzten April? Ich wünsche
das nicht, aber meine Pflicht als Volkvertreter und als deutscher
Patriot ist es, Sie zu warnen. Ich spreche aber auch die Zu-
versicht aus, daß trotz Ihrer Tätigkeit sich die großen geschicht-
lichen Notwendigkeiten auch in Preußen durchsetzen und das
Bismarckische Wort zur Wahrheit werden wird: Preußen in Deutsch-
land voran, Deutschland in der Welt voran! (Beif. b. d. Soz.)
Nachdem der alte Zentrumsagrarier Herold nach über
Wirtschaftsfragen gesprochen hatte und die Friedensresolution des
Reichstags verteidigt hatte, gab der Däne Klappenborg
seinen nationalen Beschwerden und Hoffnungen Ausdruck, und
nach einer Rede des Freikonservativen Johannsen ging der
Etat an den Ausschuß. —

Notizen.

Reichstagswahl. Bei der am Montag vollzogenen Reichs-
tagsergänzung im Kreise Reutlingen für den bisherigen Abgeordneten
von Bayer haben von 16878 Wahlberechtigten 4408 Wähler ihre
Stimmen für den Volksparteikandidaten Landtagsabgeordneten Scheef
abgegeben; ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Bepflichtet und
ungültig waren 142 Stimmen. —

Die Erfassung der Kriegsgewinne. Die Erfassung der
Kriegsgewinne beschäftigte am Montag den vom Hauptauschuß des
Reichstags eingesetzten Unterausschuß. Insbesondere handelte es sich
um die Kriegsgewinne der Exporteure. In der Besprechung stellte
Unterausschußpräsident Dr. Göppert die Uebereinstimmung darüber fest, daß
die Kriegsgewinne möglichst für das Reich in Anspruch genommen
werden sollen. Ein Vertreter des preussischen Handelsministeriums
sprach über die Höhe der Kohlenausfuhr und die dabei entstehenden
Einnahmen und Gewinne. Ein Antrag auf scharfe Erfassung
dieser Kriegsgewinne wurde angenommen. —

Vorstöße der Franzosen.

W. L. B. Großes Hauptquartier, den 22. Ja-
nuar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Herzoggruppe Kronprinz Rupprecht.

Oestlich von Ypern war die Kampftätigkeit der
Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachmittagen lebhaft.
Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich
an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone
einzudringen.

An der übrigen Front blieb die Gefechtsstätigkeit mäßig.

Herzoggruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

In den Argonnen nördlich von Le Four-de-Baris
stießen französische Kompanien nach tagelanger anhaltender
Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor.
Sie wurden durch Feuer und in Rufkampfbewegung abgewiesen.

Auf dem östlichen Massif und in der Gegend
von Flirey lebte das Artilleriefuer zeitweilig auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.

An der
mazedonischen und italienischen Front
ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Die „Breslau“ verloren.

W. L. B. Berlin, 22. Januar. (Amtlich.) Am
20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und
zwar der Panzerkreuzer „Sultan Javah Selim“ (früher
„Göben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ (früher „Breslau“) und
Torpedoboot aus den Dardanellen gegen feind-
liche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der
Tascl Zubros festgestellt waren.

Ein großer und ein kleiner englischer Monitor
wurden vernichtet, ein Transportdampfer von
2000 Tonnen versenkt, mehrere Panzer schwer beschädigt
und die englische Signalstation an der Kephelobucht zerstört.

Bei Niedermarsch nach den Dardanellen ist der kleine
Kreuzer Midilli durch mehrere Unterwasserminen von
Minea oder U-Booten gesunken. „Sultan Javah Selim“
kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen in der Enge
bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen
amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Be-
schädigung auf Strand gesetzt. —

Beratungen mit den Russen.

W. L. B. Breslau, 21. Januar. Die
deutsche Kommission für wirtschaftliche Ange-
legenheiten hat ihre weiteren begonnenen Besprechungen mit
den russischen Vertretern heute fortgesetzt. Die Kom-
missionen für die weiteren wirtschaftlichen Kommissions-
beratungen wurden einer Subkommission überwiesen, die
bereits heute nachmittags ihre Arbeit aufgenommen hat.
Gesprächen und heute haben auch die ersten offiziellen
Beratungen der deutsch-russischen Reichskommission
stattgefunden. Es wurden im einzelnen behandelt und
formuliert die Beendigung des Kriegszustandes sowie die
Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen
Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederher-
stellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die
Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen verhandelt. —

Bekanntmachung.
 1. Die Marke 18 der grünen Petroleummarke sowie die Marke 18 der hellroten Petroleummarke wird außer Kraft gesetzt.
 2. Auf Marke 14 der grünen Petroleummarke darf vom 28. Januar 1918 an 1 Liter Petroleum auf die Marke 24 der hellroten Petroleummarke darf vom 28. Januar an 1/4 Liter Petroleum in denjenigen Verkaufsstellen abgegeben werden, in welchen die Verkaufsstellen in die amtlichen Petroleum-Kundenlisten eingetragen sind.
 Magdeburg, den 22. Januar 1918. 884
 Der Magistrat.

Salzquelle.
 Heute Mittwoch: 110
Großes Militär-Konzert.
 Eintritt 30 Pfennig. — Anfang 4 Uhr.

Freddrichs Festsäle
 Täglich abends 7 1/2 Uhr die berühmten
Leipziger Seidel-Sänger
 Neuer Spielplan.
 Der gepöbelte Spielplan erzielt allabendlich volle Begeisterung und Bejubelung.
 — Programmwechsel Freitag den 25. Januar. —
 Außerdem ständliche Festsäle in neuen Einzelvorstellungen.
 Samstag 2 Vorstellungen, nachm. 7/8 und abends 7 1/2 Uhr.
 Kartenverkauf für neue Plätze bei E. Jacobs, Ulrichs-Platz, zu haben. — Spielplan 50 Pfennig an der Abendkasse.

ZENTRAL THEATER.
 Allabendlich 6 1/2 Uhr die größten Erfolge
Der Soldat der Marie.
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Parasiten mit Jod geimpft
 Alkoholen Eisenstraße 41, b. 1.
Flirstenhof-Theater
 Heute 8 Uhr
 der span. Roman aus der „Zigeuner“-
Miseri-cordia
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Witt Hanning
 Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr
 Die große Schlacht
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Stadt-Theater.
 Heute 8 Uhr
 Die Schindlerkinder.
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Abgekoppelt
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Wilhelm-Theater.
 Heute 8 Uhr
 Die Fledermaus.
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Welders
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Casino Theater Variete
 Täglich 7 Uhr
 Die große Schlacht.

Richardts Festsäle
 Heute 8 Uhr
 Die große Schlacht.
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Palast-Theater Burg.
 Heute 8 Uhr
 Die große Schlacht.
 Sonntag 2 Vorstellungen.

Circus Blumenfeld
Gastspiel: Circus
Corty-Althoff
 Heute Mittwoch den 23. Januar:
 Nachm. 3 1/2 Uhr
 Abends 7 1/2 Uhr
2 Grosse Vorstellungen 2
 In beiden Vorstellungen
Ein Wintermärchen
 Manöverschaustück in 4 Akten von Paula Busch.
 Vorher: Das grosse Januar-Programm!
 Vorkauf wie bekannt

Zöpfe! Zum Hausschlachten
 empfehle sämtliche Sorten
prima Därme und Gewürze
Max Heynemann, Magdeburg
 Kaiserstraße 101 (neben der Kassehalle). Fernsprecher 6528

L. Rauschenberg
 1 Kaiserstraße 1,
 gegenüber der Gr. Mühlstraße
Putzenhofer Bier
 in Eispässen 1474
 Telefon 4568.

Umpresshüte
 in Formen und Ausführung
 den vorwiegendsten
 Geschmack befriedigend!
August Albrecht & Co.,
 Fabrik und Annahme:
 3 Buttergasse 3, am Alten Markt.

Bettmässen
 Befreiung sofort. Alter und Ge-
 schlecht angeht. Musterkatalog
 „Sankt Varnum“, München 611,
 Sandwehstraße 44. 8191

Abfallholz, Sporkenbach & Co.,
 Magdeburg-Restadt, Ottenbergstraße 23.
 Sämtliche Holz- und Schwarten, geben zu
 200.000 pro Zentner ab Werk ab in großen
 und kleinen Quantitäten 8289

An der Elbe 8/9
Ernst Funke.
 Die große Schlacht.

Glühpunsch alkoholfrei,
 beste Qualität
W. Bode Nachf., Pfälzerstraße 13
 — Telefon 5542. —
 Saubere gebrauchte

Zöpfe
 Die große Schlacht.

Rotweinflaschen
 12 Pfennig pro Stück, kaufen
Fogel & Co., G. m. b. H., Braunschweigstr. 2

Haar
 Die große Schlacht.

Verlobungsringe in echt Gold.
 Emaillearbeiten werden angefertigt.
**H. Vaternacht, Magdeburg-
 Wilhelmstadt**
 Große Dickerdörfer Straße 218, Ecke Annstraße.

Prima Würstchen
 Die große Schlacht.

Arbeitsmarkt
Platzschmied oder Schlosser
 (mit Kriegserfahrung) für hiesige
 Magdeburger Beton-
 und Eisenbetonbau
 Schillerstraße 36.

Husten
 Die große Schlacht.

Anlegerinnen
 Die große Schlacht.

Leinwand Freytag
 Die große Schlacht.

Blieschloffer
 Die große Schlacht.

Rutscher
 Die große Schlacht.

ein Lehrling
 Die große Schlacht.

Tüchtige Kupferschmiede
 für Montage u. Berpflegt sof. gesucht
Gustav Reuter & Sohn
 Staasfurt-Leopoldshall.

Tüchtige Arbeiter
 Die große Schlacht.

Tüchtige Arbeiter
 Die große Schlacht.

Vorteilhaftes Angebot in Pelzwaren!
 Ich empfehle mein
 ♦ erstklassiges, großes Lager ♦
 hierin zu ganz besonders billigen Preisen, u. a.
Ullastafuchs Nr. 88.75
 und höher
Blaufuchs Nr. 125.00
 und höher
Nerzmurmeln Nr. 45.00
 und höher
Ranin Nr. 28.00
 und höher
Stunfs, Iltis, Nerz, Warber
 in reiner Kürschnerarbeit zu bekannt soliden Preisen.
 — Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten. —
R. Sternau,
 32/33 Alter Markt 32/33,
Spezial-Etagegeschäft.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die
 Nachricht, daß am 21. d. M. nach langem, schwerem, mit
 Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann,
 unser treuherziger, herzenguter Vater, Bruder, Groß-
 vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel
Wilhelm Hilliger
 im 82. Lebensjahr sanft entschlafen ist. 1592
 In tiefem Schmerz
 Magdeburg, den 22. Januar 1918
 Woldemarstr. 14
 Die trauernden Hinterbliebenen
Sophie Hilliger.
 Die Beerdigung findet am Freitag den 25. d. M.,
 nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Neuen Friedhofs
 Friedhofs aus statt.

Todesanzeige.
 Am Sonntag den 20. Januar, abends 11 1/4 Uhr, starb
 nach kurzem, aber schwerem Krankenlager mein lieber Mann,
 der treuherzige Vater seiner neun Kinder, der Arbeiter
Hermann Fröse
 im 60. Lebensjahr.
 W. Remsdorfer, den 22. Januar 1918.
 In tiefer Trauer
 Witwe Auguste Fröse nebst Kindern u. Angehörigen.
 Die Beerdigung findet Freitag den 25. Januar, nach-
 mittags 2 Uhr, von der Kapelle des Remsdorfer Friedhofs
 aus statt. 1595

Nach langer Ungewissheit erhielten wir nun die
 traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und treu-
 herziger Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn,
 Bruder, Schwager und Onkel
Hermann Reimert
 Bauhüttenmann in einem Infanterie-Regiment, im
 37. Lebensjahr den Heldentod erlitten hat.
 Dies zeigen tiefbetriibt an
 Magdeburg, den 22. Januar 1918
 Helene Reimert geb. Kernerde, Walter Reimert,
 Friedrich Reimert und Frau Riina geb. Stäf.
 August Kernerde und Frau Emma geb. Krause.

Stillschweigend und unerwartet erhielten wir die un-
 glaubliche Nachricht, daß mein lieber, guter, unver-
 gesslicher Mann, der liebevolle Vater seiner Kinder,
 unser hoffnungsvoller Sohn, Schwiegersohn, Bruder
 und Schwager, der Ersatzreserveoffizier
Max Lehnhardt sen.
 Baumstraße 16.
 Magdeburg, den 22. Januar 1918

Wili Cammerath
 in einem anhaltischen Infanterie-Regiment. Inhaber
 des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und des Anhaltischen
 Verdienstkreuzes, im 27. Lebensjahr am heiligen Abend
 an seiner schweren Verwundung, die er einen Tag
 zuvor erhalten hatte, gestorben ist.
 In tiefem Schmerz:
 In Namen aller Hinterbliebenen
Gertrud Cammerath geb. Rosenhahn
 und Kinder
Gertrud, Hildegard und Eilfriede.
 Es ist ein schmerzlich, bitteres Leiden,
 das uns immer, immer wieder
 tief unter allen Gedanken,
 dann tiefer tief in Herzen greift,
 nicht einmal in die Augen blickt,
 die mich so lieb und so geschont,
 nicht einmal einmal an mich blickt,
 das Leiden, dem ich jetzt vertrat,
 die weichen beide glücklich werden,
 doch granig greift das Schicksal ein,
 das mich mit dem Tode auf der Erde
 und läßt mich hier im Schmerz sitzen.
 Mein lieber, mein lieber Mann, der mich so
 liebte, ist nicht, Hoffnung und Glück,
 Ruhe ruft in fremder Erde!

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 19.

Magdeburg, Mittwoch den 23. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. Januar 1918.

Papiernot und graphische Gewerbe.

Am Sonntag hielt der hiesige Ortsverein des Verbandes der deutschen Buchdrucker eine Versammlung ab, die von Angehörigen aller graphischen Berufe besucht war. Gauvorsteher König (Halle) referierte über die Schwierigkeiten, die für das graphische Gewerbe durch die Papiernot entstanden sind. Der Papiermangel sei zum großen Teile dem Spekulationstriebe und der Gewinnsucht der Papierfabrikanten zuzuschreiben. Die Behörden hätten es unterlassen, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Die russische Regierung habe sich längst große Lieferungen von Zeitungspapier aus Schweden gesichert, und auch Frankreich hat uns große Bestände von schwedischer Zellulose vor der Nase weggeschleppt. Jetzt sei diese Versorgungsmöglichkeit nicht mehr ergiebig genug, da jenes Land uns neben Rußland nicht auch noch ausreichend versorgen könne. In den deutschen Papierfabriken habe man sich aber in umfangreicher Weise auf die Herstellung von Spinnstoffen und anderen recht gewinnreichen Dingen geworfen und damit die Interessen der graphischen Gewerbe, vor allem Dingen des Zeitungsdrucks, aufs schmerzliche vernachlässigt. Nun erlöse die unaufhörliche Mahnung zum Sparen, aber alles habe ein Ende, wenn man an der Grenze der Einschränkungsmöglichkeiten angekommen sei. Das sei aber dann der Fall, wenn die Existenz gefährdet wird.

20 Prozent aller Buchdruckereibetriebe stehen bereits still, die größten Zeitungen müssen fortgesetzt einen großen Teil ihrer Zusatzenaufträge weglassen lassen; 600 Zeitungen hätten seit Kriegsanfang ihr Erscheinen eingestellt und von rund 7000 Fachblättern seien 1500 bereits verschwunden. Die vorgezeichnete Papiereinschränkung betrage seit 1916 etwa 45 Prozent des früheren Verbrauchs, der seit Kriegsanfang auch schon gesunken war. Dazu sei die jetzige Ware schwerer als in normalen Zeiten. Trotz dieser geringeren Produktion seien die Gewinne der Papierfabrikation enorm gestiegen gegen früher; ihre Dividenden bewegen sich zwischen 10 und 36 Prozent. Da müsse man fordern, daß die Papierfabriken durch Wangsmahnen zu einer ganz erheblichen Steigerung der Produktion von Zeitungspapier gezwungen werden, damit eine bessere Versorgung der graphischen Betriebe mit Zeitungs- und Druckpapier erwirkt wird.

Einstimmige Annahme fand sodann folgende Entschliessung:

„Eine am Sonntag den 20. Januar abgehaltene Versammlung der Angehörigen aller graphischen Betriebe erörterte eingehend die großen Schwierigkeiten, in die letztere durch die vorhandene Papiernot geraten sind. Da durch behördliche Maßnahmen eine Verringerung dieses bedauerlichen Zustandes in absehbarer Zeit nicht zu erwarten steht, die Papiernot aber notwendigerweise eine fortwährende Einschränkung der Aufträge für die graphische Industrie zur Folge haben muß, sehen die in den papierverarbeitenden Betrieben noch verbliebenen Beschäftigten mit Besorgnis sich in ihrer Existenzmöglichkeit bedroht. Die Versammelten richteten daher an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, rechtzeitig und durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen, um eine zurzeit sich schon empfindlich fühlbar machende weitere Einschränkung der Produktion in der graphischen Industrie zu verhüten. Solche Maßnahmen glauben die Berufsangehörigen u. a. darin zu erblicken, daß die betreffenden Reichsstellen den Papierfabriken aufgeben, sich an Stelle der vielleicht mehr Gewinn abwerfenden Produktion aller möglichen Fabrikate mehr die Herstellung von Druckpapier anzulegen sein zu lassen, um namentlich die Zeitungsbetriebe genügend als bisher mit Papier versorgen zu können. Es erscheint ja überflüssig, zu erwähnen, welche Gefahren durch eine weitere Beschränkung der Lieferung der Zeitungen mit Papier gerade in der Jetztzeit dem öffentlichen Leben drohen, wo die breiten Volksmassen darauf brennen, über den Gang der Ereignisse schnellstens und eingehend unterrichtet zu werden. Die Versammelten erwarten daher bestimmt, daß die hohe Staatsregierung unverzüglich die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreift, um eine dem öffentlichen Interesse im hohen Grade dienende Industrie vor sonst unausbleiblichem schweren Schaden zu bewahren.“

Verbandskollege Hertwig sprach dann über den neuen Mietvertrag des Hausbesitzerverbandes. Die scharfe Kritik des Mieters an dem Vertrag fand lebhaftest Zustimmung. Er forderte auf zum Beitritt zu gemeinnützigen Bauvereinigungen. Einmütig erklärte man sich für die Resolution des Mietervereins, die wir in der Sonntag-Nummer der „Volksstimme“ abgedruckt haben.

Gauvorsteher König hielt ferner noch ein Referat über „Gegenläge — und nächste Aufgaben der Gewerkschaften“. Er stellte als erste und vornehmste Forderung auf: Einigkeit der deutschen Arbeiterorganisationen. Sie ist notwendig zur Förderung der Arbeiterinteressen, die die Volksinteressen seien. Kräftige Fortsetzung der Sozialgesetzgebung ist eine der dringendsten Notwendigkeiten der Zeit. Sie ist eine Voraussetzung der Steigerung der Produktion, die nach dem Kriege einsetzen muß. Die Entwertung des Geldes, die ungeheuren wirtschaftlichen Umwälzungen, die uns der Krieg gebracht hat, stellen der Arbeiterschaft gewaltige Aufgaben. Sie sind nur zu erfüllen durch starke Organisationen.

Mieter! Lehnt unberechtigte Mietersteigerungen ab!
Ruft im Falle der Kündigung unverzüglich das Mieteinigungsamt an!

— Zur Notlage der Binnenfahrer. Im „Schiff“, dem Zentralblatt für die Interessen der deutschen Binnenfahrerschaft, findet sich ein beachtlicher Artikel, der besonders die gegenwärtige Notlage der Binnenfahrer schildert und Vorschläge zur Vohilfe macht. Es wird in dem Artikel ausgeführt, daß der lang andauernde Krieg insbesondere die Binnenfahrerschaft und von dieser die einzelnen Privatfahrerschaften besonders schwer betroffen hat. Die militärischen Maßnahmen zwingen sie in großer Zahl, ihr Fahrzeug, wo es auch lag, zu verlassen und es fernher Obhut, oft fern von der Heimat, anzuvertrauen. Die Hafen- und Staatsbehörden haben zwar nach Kräften für die Ueberwachung der Röhre Sorge getragen. Die Strombauverwaltungen haben ihrerseits soweit wie möglich für das Abschleppen der Röhre nach den Heimathäfen gesorgt, aber trotz aller Aufwendungen und Müheanstaltungen ist es bisher nicht gelungen, den Geschädigten alle Sorgen abzunehmen. Dies wird erst recht in die Erscheinung treten, wenn die zum Heeresdienst einberufenen Schiffer zu ihrem Beruf und zu ihrem Fahrzeug zurückkehren. Jeder Kahn und insbesondere die zahlreichen aus Holz gebauten Röhre erfordern eine andauernde sorgfältige Ueberwachung und Instandhaltung. Die Gefahr der Austrocknung und des Seemerdens ist groß. Aus diesem Grunde konnte schon eine Anzahl von Röhren überhaupt nicht mehr abgeschleppt werden. Es wird erheblicher Mittel bedürfen, um diese Notlage nur einigermaßen zu lindern. Wenn gleich von staatlicher Seite bisher auf diesem Gebiet noch keine Maßnahmen getroffen sind, ist es um so erfreulicher, wenn von privater Seite die Hilfeleistung in Angriff genommen worden ist. Wie wir hören, ist in Hamburg eine Schiffsbetriebs-Bank gegründet worden, die sich nicht nur auf die Binnenfahrerschaft erstreckt, sondern daneben auch der Seefahrt, besonders den mittleren und kleineren Reedereien, zugute kommen soll.

— Eine gemeinnützige Gesellschaft zur Beschaffung einfaßer Hausrats ist in Eisen-gebildet worden. Gemacht wurde die Form einer G. m. b. H., um einzelnen Firmen den Beitritt zu erleichtern. Von dem Gesellschaftskapital von 800 000 Mark übernahm die Stadt 400 000 Mark, die Firma Krupp 200 000 Mark. Geplant ist nicht nur die Anfertigung neuer Möbel, sondern auch die Sammlung gebrauchter Möbel und ihre Wiederherstellung.

× Verhaftet wurde die Kasseuse Martha Vangert geb. Clemens wegen Verbrechens gegen § 219 des Strafgesetzbuchs.

Arbeiter, Beamte und Angestellte!
Fordert euch bei euren Fabriken und Behörden
billige Vorzugskarten
für die Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung.

— Nach guten Schlafstellen und einfach möblierten Zimmern herrscht innerhalb des gesamten Stadtbereichs fortgesetzt ein so harter Bedarf, daß die Nachfrage hierin das Angebot andauernd ganz erheblich übersteigt. Nicht nur die starke Ausdehnung der Kriegsindustrie, sondern auch der auf fast allen Erwerbsgebieten in wachsendem Umfange notwendig gewordene Ersatz der Männerarbeit durch weibliche Kräfte und der damit zusammenhängende Bezug von Einzelpersonen hat auf dem besagten Gebiete zeitweilig zu einem offensiblen Bevölkerungsentstand geführt, an dessen Beseitigung und Ueberwindung die Gesamtbevölkerung ein lebhaftes Interesse empfinden muß. Die Fürsorgevermittlungsstelle (Kriegsfürsorge für arbeitende Frauen) richtet deshalb an alle Kreise der Bürgerschaft die wiederholte und dringende Bitte um Mithilfe in der Beschaffung erwünschter Unterkunftsmöglichkeiten. Es dürfte sicherlich in zahlreichen Familien, die materiell nicht auf ein Vermieten von Schlafstellen und Zimmern angewiesen sind, sowie bei Kriegswitwen und Kriegserfrauen, denen ein Zuschuß zu ihren Bezügen meist sehr erwünscht erscheinen muß, die wenigstens zeitweilige Aufnahme von Schlafängern gegen entgeltliches Entgelt wohl zu ermöglichen sein. Neueingewanderte oder frei werdende Schlafstellen wolle man dem städtischen Wohnungsnachweis, Johannisberg 3, anmelden.

— Guido Schühendorf an der Berliner Hofoper. Guido Schühendorf vom hiesigen Stadttheater hat am 19. Januar an der Hofoper in Berlin als Sebastiano in „Liedland“ mit großem Erfolg gastiert. Er soll demnächst noch den Francesco in „Mona Lisa“ und andre Rollen dort singen.

× Gestohlen wurden in den letzten 14 Tagen aus einem Lagerraum in der Halberstädter Straße zwei Automobilreifen; in der Zeit vom 16. bis 20. d. M. aus einer Bodenkammer in der Kaiserstraße ein Deckel, zwei Unterbetten und zwei Kopfkissen mit roten Julekten sowie zwei rote Steppdecken; am 19. aus einer Werkstätte einer Fabrik in Budau ein Paar Frauen-Lachshalschuhe; in der Nacht zum 20. aus einem Schrankkasten am Matswegel vier Paar Fußschlupfer und vier Leibbinden; in der Zeit vom 20. bis 21. aus den Schlafräumen einer Gerbergasse 32 wollene Decken; am 21. aus einer unbesetzten Wohnung in der Weinbergstraße eine dunkelgestreifte Hose, ein dunkelgraues Jackett und eine gleichfarbige Weste; aus einer Bodenkammer in der Königsstraße ein Ober- und ein Unterbett mit grau und rot gestreiften Julekten; aus einem Zimmer im Neuen Weg ein brauner Winterüberzieher mit eingelegerter Falte und Gurt, ein grünlischer Jodettanzug, ein Paar Schuhschuhe und ein grüner Schlapphut.

× Ermittelte Diebe. Am 18. d. M. wurden in einem Geschäft in der Rotzendorfer Straße 2 Damenschürzen, mehrere goldene Schmuckstücke und Kleidungsstücke gestohlen. Als Diebe sind ein Handlungsgehilfe und ein Arbeiter aus der Sudenburger ermittelt. Die Sachen hatten sie in einem Garten der Fichtestraße vergraben, wo sie vorgefunden wurden.

× Zwei gehören die Schlüssel? Am 19. d. M. vormittags haben zwei Soldaten in einer Wohnung in der Großen Schulstraße einen schweren Diebstahl ausgeführt. Während der eine festgenommen werden konnte, ist der andere über die Dächer geflüchtet, durch eine Dachluke in das Nachbargrundstück eingeklettert und hat dort aus einer Wohnung 170 Mark und verschiedene Schmuckgegenstände gestohlen. Zurückgelassen hat er eine Anzahl große und kleine Schlüssel, eine Fange und einen Schraubenzieher. Verloren, denen vielleicht bei Wohnungsbeschäftigten Schlüssel gestohlen sind, werden ersucht sich bei der Kriminalpolizei einzufinden, bei der die Schlüssel angesehen werden können.

Theater, Konzerte u.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadtheater. Heute Mittwoch: „Die Menschenkinder“. Donnerstag: „Hilario“. Freitag: „Die toten Augen“. Sonnabend: „Ballentanz“. Sonntag nachmittag (zu kleinen Preisen): „Daphnopolis“. Abends: „Der Freischütz“.

Zentraltheater. Abend für Abend geht die Operette „Der Soldat der Marie“ mit dem denkbar stärksten Erfolge vor vollen Häusern in Szene.

Tanztheater. Drittemal 1918/19. Entzückend und allezeit beliebt sind die kleinen Konzerte. Heute und folgende Tage Preisermäßigung.

Waldemar-Sensations-Musik-Schauspiel. Gastspiel täglich bis 26. Januar in Richard's Park, Uppelstraße. Klavier, indische Tänzer, Gebänderte, orientalische Tänze. Anfang 7 1/2 Uhr.

Es fauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.
Von Dorothy Richardson.

Singuläre Uebersetzung von Werner Peter Larjen.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mittreß Pringle fuhr in ihrem Gespräch mit ihrer Mieterin fort:

„Ein junges Mädchen wie Sie, ohne Freunde und Verwandte, mit denen es sich einmal aussprechen kann, wenn es ihm gerade nicht gut geht, findet in Newyork nur allzu bald jemand, der es auf die oder jene Weise ins Unglück bringt. Ich habe im Laufe der Jahre so viele junge Dinger vor die Hunde gehen sehen, daß ich mich gar nicht mehr an alle erinnern kann, und dabei bin ich überzeugt, daß es mit vielen von ihnen nicht so weit gekommen wäre, wenn sie bloß jemand gehabt hätten, der mal vernünftig mit ihnen geredet hätte, so wie ich jetzt mit Ihnen rede. Da hatte ich vor zwei Jahren so ein nettes junges Mädchen hier. Sie war auch vom Lande und war auch so brav und vernünftig in der ersten Zeit nach ihrem Einzug. Hier in Ihrem Zimmer hat sie gewohnt. Und dann fand sie auch Arbeit drunten bei St. Marks Place; sie war Mantelträgerin und hing gleich mit vier Dollar in der Woche an. Ihr Vater war Schmied in irgendeiner kleinen Stadt in Connecticut, und sie hatte sich gesagt, sie werde jetzt nach Newyork gehen und viel Geld verdienen und sich das Leben so behaglich wie möglich einrichten — aber dann, als sie sah, wie das Leben in Newyork in Wirklichkeit aussieht, da wurde ihr Gesicht immer lang und länger. Sie wollte gern schöne Kleider tragen und öfters ins Theater gehen und so... aber das kann man eben nicht alles für vier Dollar in der Woche machen, sehen Sie wohl. Und dann begann sie mit einem jungen Menschen auszugehen, der in demselben Atelier arbeitete wie sie. Er war ein tüchtiger und fleißiger Mensch, gegen den nichts einzuwenden war, und ich bin auch überzeugt, daß er sie schließlich geheiratet hätte, wenn — ja, wenn sie eben klüger und vorsichtiger gewesen wäre. Ich bin ja eigentlich nur die Hausmeisterin, und ich habe

ja auch nichts dagegen, wenn Leute einander besuchen und kommen und gehen, aber der Hauswirt, Mister Schneider, ein Deutscher, hält auf Ordnung, und er hat mir strengstens anbefohlen, jedem wer es auch sei, auf der Stelle zu kündigen, sobald er im Hause irgendwelche Geschichten macht. Er hat früher eine Brantweinschenke gehabt, aber dann hat er sie verkauft, weil er in die Seikarmee eingetreten ist, und hat dieses Haus hier gekauft und noch ein andres in der Nebenstraße dazu.

Denn diese Deutschen, müssen Sie wissen, sind fast ausnahmslos tüchtige Menschen, die auch noch ein Herz in der Brust haben, und der Mister Schneider hat denn auch schon sehr viel Gutes getan. Er macht es nicht, wie die Amerikaner; nein, wenn jemand von den Mietern krank oder arbeitslos wird, so setzt er ihn keineswegs auf die Straße, sondern im Gegenteil, er jagt, er solle nur ruhig wohnen bleiben und seine Miete dann später abbezahlen. Und er hat bis heute noch kein Geld dabei zugelegt.“

Sie machte eine Pause, um Atem zu schöpfen, und ich benutzte die Gelegenheit, sie zu fragen, was dann weiter aus dem Mädchen geworden sei.

„Ja“, sagte sie, „ich habe ihr dann eines Tages eben Bescheid gesagt, daß es nicht angehe, daß der Vorkauf da alle Nacht in der Wohnung herumjode; aber sie sagte nur, sie wisse keiffi, was sie zu tun habe und drehte mir den Rücken, als wenn ich sie tief beleidigt hätte. Na, was konnte ich denn da noch tun?“

„Na, und dann?“

„Dann, ja, nun...“ Sie machte eine Kopfbewegung zur Straße hinaus. „Sie zog dann aus, obwohl ich noch einmal versuchte, ihr gut zuzureden, weil ich immer an meine Tochter denken mußte und daran, wie es ihr vielleicht gegangen wäre, wenn sie unter lauter wildfremden Menschen hätte hausen und so vielen Versuchungen widerstehen müssen. Ich weiß nicht genau, was dann eigentlich aus ihr geworden ist; ich habe sie das letztmal im vorigen Winter gesehen, als ich morgens um fünf meinen Aphenkubel ausleeren wollte. Es war noch fast dunkel, so daß ich sie kaum erkannt hätte, und sie schleobte sich auch so elend und jämmerlich durch den Schnee und die Kälte dahin...“

die ganze Nacht hatte es geschneit, was vom Himmel herunterwollte...

Zuerst bemerkte sie mich gar nicht, denn ich stand auf der Treppe und sie blickte zur andern Seite der Straße hinüber, ganz als warte sie auf jemand. Ich wollte sie anrufen, aber sie tat mir so leid, daß ich richtig bewegt war, und dann kann ich nämlich niemals einen Laut herausbringen...

Ich dachte eigentlich, auf sie zuzugehen, aber dann überlegte ich mir, daß sie an der Ecke ja doch umkehren und wieder vorbeikommen würde; so leerte ich denn also meine Nase aus, und inzwischen kam sie auch schon und sah mich in der Haustür stehen... Ich dachte wieder an Anna, meine Tochter, und griffte sie freundlich und fragte sie, ob sie nicht vielleicht einen Schluck heißen Kaffee trinken möchte, denn ich hatte gerade welchen auf dem Feuer stehen.

Sie nickte halb erfreut und halb besämt und wollte gerade mit mir ins Haus treten, machte dann aber im letzten Augenblick noch halt und sagte, sie habe heute doch nicht recht Zeit. Und dann eilte sie über die Straße hinüber, wo in der Dämmerung gerade irgendein Burfche aufgetaucht war... Seitdem habe ich sie dann nicht wieder gesehen...

Das häßliche, zerfurchte Gesicht der Frau erzählte in Mitleid und Güte und stand in seltsamen Gegensatz zu ihrer etwas heiseren, wenig angenehmen Stimme. Am Abend zuvor hatte ich nur diese Stimme gehört und ein ruzbedecktes Gesicht und schmutzige Arbeitskleider gesehen; nun war es mir, als stehe da ein völlig anderer Mensch vor mir.

„Ja, nun muß ich aber wieder gehen“, sagte sie und erhob sich langsam. „Möchten Sie nicht ab und zu herunderkommen und ein wenig mit mir plaudern? Ich bin immer so froh, wenn ich wieder mal ein bißchen Jugend um mich habe, es munkert mich auch auf, wenn ich, wie so oft, niedergeschlagen bin. Kommen Sie doch heute abend einmal hinunter! Ich kann Ihnen auch, wenn Sie lesen wollen, einige Bücher leihen...“

Ich dankte und versprach, ich werde dann also am Abend zu ihr kommen. (Fortsetzung folgt.)

